

Klaus Steinitz

## **Defizite der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung – Probleme bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse**

Vortrag in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften am 10. September 2009<sup>1</sup>

Im 20. Jahr der Vereinigung Deutschlands häufen sich Veranstaltungen und Publikationen, die sich mit der durch den Mauerfall und die Wiedervereinigung symbolisierten Wende in der deutschen Nachkriegsgeschichte, mit der Entwicklung in der DDR davor und mit den Veränderungen in den neuen Bundesländern danach befassen. Die offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung und der meisten Parteien weisen überwiegend ein gemeinsames Grundmuster auf: Einerseits werden die Resultate der ökonomischen und sozialen Entwicklung der DDR einseitig negativ, abwertend und verzerrt, dargestellt. Typisch hierfür sind solche Behauptungen wie: Infolge der hohen Auslandsschulden stand die DDR unmittelbar vor dem Bankrott, die Produktionsanlagen und Technologien waren marode und überwiegend schrottreif, die Arbeitsproduktivität erreichte in der DDR nur 20-25% des Niveaus der Bundesrepublik. Andererseits werden die Ergebnisse der ökonomischen Entwicklung nach 1990 schöngefärbt und vorhandene Probleme auch 20 Jahre nach dem Ende der DDR auf den Zustand der DDR-Wirtschaft zurückgeführt. Hierfür zwei charakteristische Beispiele.

Im Beschluss des Stuttgarter Parteitages der CDU (1./2. 12. 08) „Geteilt, Vereint, Gemeinsam. Perspektiven für Ostdeutschland“ heißt es: „Beim Aufbau der neuen Länder wurde Großartiges geleistet. ... Die bisherige Bilanz des Aufbaues Ost ist reich an Erfolgsgeschichten. Die Deutschen haben Grund zu Dankbarkeit und Freude.“ Noch vorhandene Probleme werden dann wie folgt erklärt: „Auch im zweiten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung leidet die wirtschaftliche Entwicklung an den Folgen der sozialistischen Misswirtschaft und der deutschen Teilung.“ 20 Jahre nach dem Untergang der DDR soll hier-

---

1 Der Vortrag stützt sich in wesentlichen Teilen auf: Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz (2009) Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit, Hamburg

nach die DDR-Wirtschaft immer noch Schuld an den beträchtlichen wirtschaftlichen und sozialen Rückständen in den neuen Bundesländern und an dem Stillstand im Ost-West Aufholprozess sein.

Im *Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2007* hieß es noch: „Die neuen Bundesländer befinden sich auf einem guten wirtschaftlichen Entwicklungspfad ... Der Aufholprozess gewinnt im 2. Jahrzehnt der deutschen Einheit wieder an Fahrt ... Ostdeutschland hat sich zum Land der Chancen entwickelt.“<sup>2</sup> Diese Behauptung widersprach so offensichtlich der Realität, dass sie in den folgenden Jahresberichten zum Stand der deutschen Einheit 2008 und 2009 fallen gelassen wurde. Die insgesamt schöngefärbte Darstellung der Ergebnisse des Aufbau Ost wurde aber beibehalten. Die eigentlichen Probleme der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung werden umgangen oder nur oberflächlich gestreift. Dies betrifft vor allem die Gründe für die Stagnation der wirtschaftlichen und sozialen Annäherung seit nunmehr gut zehn Jahren, Wege zur Eindämmung der fortgesetzten Abwanderung junger Fachkräfte, Bedingungen und konkrete Schritte zum Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die optimistischen Einschätzungen über die Beseitigung der wesentlichen Rückstände bis zum Ende der Gültigkeit des Solidarpakts II im Jahre 2020 bleiben allgemein und sind schwer fassbar. Umso wichtiger ist es, eine realistische, das bedeutet vor allem auch eine differenzierte Analyse und Einschätzung vorzunehmen:

- zu den Ausgangsbedingungen 1989/90,
- zu dem nach 20 Jahren erreichten Stand in der ökonomischen Vereinigung, insbesondere im Übergang zu einer selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung und im Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse auf dem Wege einer Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Ost- und Westdeutschlands;
- zu den Gründen für den insgesamt unbefriedigenden Verlauf der ökonomischen Vereinigung;
- zur möglichen bzw. voraussichtlichen Entwicklung bis 2020, einschließlich der hierfür maßgeblichen Faktoren.

Eine solche möglichst objektive Bewertung der Entwicklung der fast 20 Jahre seit der Vereinigung verlangt, sich mit der stark *politisch motivierten* einseitigen, rosigen Darstellung dieser Entwicklung auseinanderzusetzen. Sie muss sich aber auch gegen eine ebenfalls einseitige im wesentlichen schwarz ge-

2 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin 2007, S. 1

färbte Charakterisierung dieses Zeitabschnitts wenden, die nur die negativen Aspekte hervorhebt und wichtige positive Resultate weitgehend ausblendet.

### 1. Wo steht Ostdeutschland im 20. Jahr der Einheit?

**Die ökonomische und soziale Entwicklung Ostdeutschlands seit der Vereinigung verläuft äußerst widersprüchlich. Positiven Ergebnissen in der Infrastruktur, der Städterekonstruktion, in den Umweltbedingungen, im Konsumgüterangebot u.a. stehen schwerwiegende Rückstände und Defizite gegenüber, die ihren Schatten weit in die Zukunft werfen.**

Ende August veröffentlichte das DIW einen Forschungsbericht „Die Wirtschaft in Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Fall der Mauer – Rückblick, Bestandsaufnahme, Perspektiven“, die mit den Worten „Wirtschaftsforscher ziehen positive Bilanz 20 Jahre nach dem Mauerfall“ angekündigt wurde. Der Präsident des DIW Klaus Zimmermann stellt dazu fest: „Gemessen an dem, was an wirtschaftlicher Substanz vor 20 Jahren vorhanden war, ist das Glas weder halb voll noch halb leer, sondern mindestens zwei Drittel voll“ Eine kritische Auseinandersetzung mit einigen Hauptthesen der Studie scheint mir zweckmäßig zu sein, da diese symptomatisch ist für die dominierende einseitige und im Kern auch oberflächliche Bewertung der Resultate der ökonomischen Entwicklung der letzten 20 Jahre. Zimmermann stützt sich bei seiner Feststellung darauf, dass das BIP je Einwohner in Relation zu Westdeutschland gegenwärtig bei knapp 70% und die als Arbeitsproduktivität ausgewiesene Kennziffer BIP je Erwerbstätigen bei 78% liegt.

1. Soll die Aussage, zwei Drittel sind schon erreicht, einen Sinn haben, so muss sie zu einem Ausgangspunkt, d.h. zu einem bestimmten Basisjahr in Beziehung gesetzt werden. Und hier fängt das Problem an: Hier, wie in fast allen Berechnungen, wird das Jahr 1991 als Basisjahr genommen, weil 1991 das erste Jahr ist, für das Daten des Statistischen Bundesamts für Ostdeutschland zur Verfügung stehen. Das Jahr 1991 war aber nach der weitgehenden Deindustrialisierung und dem Rückgang des BIP auf  $\frac{3}{4}$  bis  $\frac{2}{3}$  des Standes der DDR im Jahre 1989, der tiefste Punkt der ostdeutschen Wirtschaft im wiedervereinigten Deutschland. Dadurch erscheinen alle Zuwächse, die dieses Ausgangsjahr verwenden, stark überhöht. Aussagekräftig sind die Vergleiche mit dem Basisjahr 1989, dem letzten vollständigen Jahr der DDR.<sup>3</sup> Deutlich wird dies bei der Beurteilung des BIP je Einwohner, das als Indikator der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angesehen wird.

Das relative Niveau der DDR bzw. Ostdeutschlands betrug bei dieser Kennziffer: 1989 55 %, 1991 33,3 % und 2008 68,7%. Danach ergibt sich eine Erhöhung auf das Doppelte, oder von einem Drittel auf zwei Drittel, wenn das Jahr 1991 als Basis genommen wird. Von dieser Verdopplung bzw. den zwei Dritteln gehen der DIW Bericht und die anderen Erfolgsberichte über die Ergebnisse von Aufbau Ost aus. Wird hingegen 1989 als Basisjahr genommen so ergibt sich nur eine Erhöhung um 22 %. Der Vergleich mit dem letzten Jahr der DDR gibt ein weitaus realistischeres Bild über die Ergebnisse von Aufbau Ost als der Vergleich mit dem Jahr 1991. Weiterhin sind die unterschiedlichen Bewertungen des Niveaus der Kennziffern BIP je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) und BIP je Einwohner im letzten DDR Jahr zu beachten. Sie üben natürlich einen wesentlichen Einfluss auf die Wertung der ökonomischen Ergebnisse der Vereinigung aus. In der DIW-Studie wird in dem Beitrag von Wolfgang Schäuble die ökonomisch nicht begründete Behauptung wiederholt, dass die Produktivität der Betriebe der DDR bei 25-30% des westdeutschen Niveaus lag.<sup>4</sup> Im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2009 (Juni 2009) wird sogar behauptet, „gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erreichte die DDR 1989 nur etwa ein Drittel des Niveaus der Bundesrepublik, die Produktivität lag bei nur etwa 20-25% des westdeutschen Vergleichswerts.“<sup>5</sup> Aus den bisher umfassendsten und am besten objektivierten Untersuchungen von Gerhard Hes-

- 
- 3 Der Ausweis der Entwicklung Ostdeutschlands ausgehend von 1989, dem letzten vollen DDR-Jahr als Basis, und auch die Berechnungen für die Vergleiche der DDR und der BRD für 1989 beruhen im wesentlichen auf den Ergebnissen von Gerhard Heske, der in jahrelanger Arbeit die statistischen Daten der DDR durch die Umrechnung auf das VGR-Konzept der Bundesrepublik und auf eine einheitliche Preisbasis in DM bzw. in Euro vergleichbar gemacht hat. Heske stützt sich bei seinen Berechnungen auf die international angewandte Methode des Vergleichs verschiedener Volkswirtschaften nach der Kaufkraftparität (kkp). Er hat differenzierte Koeffizienten für die verschiedenen Bereiche der Entstehung des BIP sowie die Grundkategorien seiner Verwendung berechnet. Dabei wurde so weit wie möglich die Qualitätsentwicklung der Erzeugnisse berücksichtigt. Durch die getrennte Ermittlung der Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts konnten im Ergebnis abgestimmte und hinreichend aussagefähige numerische Daten gewonnen werden. Weitere und ausführliche Informationen zu den Vergleichsergebnissen und den angewandten Berechnungsverfahren enthält das Buch von Gerhard Heske: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die DDR 1950-1989, Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts – Daten, Methoden und Vergleiche. Historical Sozial Research, Supplement Nr. 21. Köln 2009
  - 4 Wolfgang Schäuble, Deutschlands zweite Chance – Geschichte Stand und Perspektiven der Deutschen Einheit, In: DIW Berlin, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2009, S. 11
  - 5 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin 2009

ke ergibt sich, dass 1989 das relative Produktivitätsniveau der DDR real bei ca. 45% lag (es geht hier nicht um eine Genauigkeit von ein oder zwei Prozentpunkten). Dieses tatsächliche Niveau war somit gegenüber der im Jahresbericht der Bundesregierung ausgewiesenen Größe etwa doppelt so hoch. Eine solche Verzerrung der ökonomischen Realitäten der DDR – sie impliziert die Aussage, dass das Lebensniveau der DDR nur bei einem Drittel des westdeutschen Niveaus lag – hat kaum noch etwas mit seriöser, objektiver Bewertung zu tun.

Eine Analyse der ökonomischen Entwicklung Ostdeutschlands seit der Vereinigung, die sich im wesentlichen auf das BIP je Erwerbstätigen als Produktivitätsindikator und das BIP je Einwohner als Indikator der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stützt, vermittelt zudem ein etwas verzerrtes Bild über die Ergebnisse von Aufbau Ost. Sie muss im Zusammenhang mit dem *Rückgang der Bevölkerung* (rund 3 Millionen seit 1989), der Erwerbstätigkeit (*Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen* um mehr als 3 Millionen), der *doppelt so hohen Arbeitslosigkeit* im Vergleich zu den alten Bundesländern sowie mit der seit 10 Jahren *stagnierenden Angleichung der Löhne und Sozialeinkommen* betrachtet werden. Der Anteil Ostdeutschlands an der gesamten Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik hat sich seit mehr als 10 Jahren nicht erhöht, ebenso wie in dieser Zeit die Angleichung der Lohneinkommen fast völlig gestoppt wurde. Es müssten auch die differenzierten, widersprüchlichen Veränderungen in der gesamten Lebensqualität der ostdeutschen Bevölkerung, besonders auch das Umfeld der sozial-kulturellen Verhältnisse, der Bildung, der Gleichstellung der Frauen, berücksichtigt werden.

2. Die Messung der Produktivität auf der Grundlage der Kennziffer BIP je Erwerbstätigen enthält einige direkte Unzulänglichkeiten: Darin wird die längere durchschnittliche Arbeitszeit in den neuen Bundesländern nicht berücksichtigt, die Produktivität der Wirtschaftszweige, die kein messbares Produkt hervorbringen – große Teile der Dienstleistungen – wird nicht nach dem Ergebnis sondern nach den Kosten bewertet, d.h. die höheren Löhne in den alten Bundesländern schlagen sich in einer entsprechend höheren „Produktivität“ nieder.
3. Schließlich muss auch beachtet werden, dass die Konzentration der Unternehmenszentralen in den alten Bundesländern auch dazu führt, dass dort der Anteil der Arbeiten mit einer hohen Wertschöpfung – F&E, Management, Marketing u.a. – höher ist mit entsprechenden Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität. Im verarbeitenden Gewerbe betrug der An-

teil der Erwerbstätigen mit nichtmanuellen qualifizierten und hoch qualifizierten Tätigkeiten in den alten Bundesländern 32,6% gegenüber 24,6% in den neuen Bundesländern.<sup>6</sup>

Die Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Ostdeutschlands zeigt, dass der Aufholprozess seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre faktisch abgebrochen ist. Das BIP je Einwohner liegt noch immer nur bei rund zwei Dritteln des westdeutschen Niveaus. Trotz relativ hoher Zuwachsraten in den letzten Jahren (bis 2008) der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes, der Forschung und Entwicklung, des Exports und speziell des Osteuropaexports, liegen die entsprechenden Indikatoren nur wenig über und teilweise sogar noch unter den Anteilen an Gesamtdeutschland, den sie in der DDR aufwiesen.

<b>Indikator</b>	<b>1989</b>	<b>1991</b>	<b>1995</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>
Bevölkerung	19,2	18,3	17,4	16,0	15,9
Erwerbstätige	22,7	17,6	16,1	14,4	14,3
Arbeitslose	X	31,7	26,9	27,3	27,2
Bruttoinlandsprodukt	11,6	7,0	11,3	11,6	11,6
Bruttowertschöpfung Verarbeitendes Gewerbe	11,3	3,6	5,6	9,4	9,7
Export	7,5	2,6	2,9	6,3	6,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000, Köln 2005.

*Tabelle 1: Anteil der neuen Bundesländer\* in % (Bundesrepublik Deutschland = 100)*

*\*Neue Bundesländer ohne Berlin-Ost bzw. Berlin*

Von 1989 bis 2008 nahm der Anteil Ostdeutschlands an der Bevölkerung um 17 % und an den Erwerbstätigen um 37 % ab. Seit 1996 verharrt der relative Rückstand der Neuen Bundesländer gegenüber Westdeutschland bei wichtigen makroökonomischen Indikatoren bei ca. 30 Prozent.

---

6 Karl Brenke//Klaus Zimmermann, Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Was war und was ist heute mit der Wirtschaft? In: DIW Berlin, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2009, S. 46

Indikator	1989	1991	1995	2000	2006	2008
	Neue Bundesländer* im Vergleich alte Bundesländer = 100					
BIP je Einwohner	54,9	33,3	60,4	62,6	67,3	68,7
Investitionen in Ausrüstungen u. sonst. Anlagen je Einwohner	X	57,5	105,2	84,9	65,7	k.A.
Kapitalstock je Einwohner	X	34,8	48,0	63,7	71,5	k.A.
Kapitalstock je Erwerbstätigen	X	36,5	52,6	73,1	81,8	k.A.
Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen)	44,2	34,9	66,2	71,9	76,2	77,9
Bruttolohn je abhängig Beschäftigten	X	51,0	74,4	76,8	77,3	77,9
	Angaben in Prozent					
Arbeitslosenquote neue Bundesländer	X	10,2	14,8	18,5	19,2	14,7
Arbeitslosenquote alte Bundesländer	7,9	6,2	9,1	8,4	10,2	7,2
Erwerbstätigenquote *** neue Bundesländer	88	72,4	61,3	62,5	64,8	67,5**
Erwerbstätigenquote*** alte Bundesländer	63	66,6	67,6	70,9	71,8	73,1**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Hesse, a. a. O.

Tabelle 2: Vergleich neue Bundesländer – alte Bundesländer 1989–2008

\*Ohne Berlin-Ost, \*\* 2007; \*\*\* Anteil der Erwerbstätigen im 1. Arbeitsmarkt an den Erwerbsfähigen;

In diesen Tabellen wird nochmals deutlich, wie wichtig die Wahl des Basisjahres für die Bewertung der Entwicklung ist.

Eine starke Verzerrung der realen ökonomischen Entwicklung Ostdeutschlands ist ihre Periodisierung im erwähnten Jahresbericht der Bundesregierung. Die Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands wird in drei Phasen unterteilt:

„Die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung waren durch ein starkes Aufholwachstum in den ostdeutschen Ländern gekennzeichnet. ... In der

zweiten Phase – bis zum Jahr 2000 – kam der Anpassungsprozess durch das Auslaufen des Baubooms vorübergehend zum Erliegen. ...

In der dritten Phase, von 2000 bis 2008, ist der wirtschaftliche Aufholprozess wieder in Gang gekommen, wenn auch mit deutlich geringerer Geschwindigkeit als zu Beginn der neunziger Jahre.“<sup>7</sup>

Im Gegensatz dazu ist wohl jedem noch in Erinnerung, dass die ersten beiden Jahre des vereinigten Deutschlands von einem historisch einmaligen Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft und insbesondere der Industrie gekennzeichnet waren. Danach würde die „Zeitrechnung“ des vereinigten Deutschland für die Bundesregierung erst mit dem Jahr 1991 beginnen.

Auch die dritte Phase spiegelt die Realität ungenau wider. Die Verbesserung der Pro-Kopf-Daten der Wirtschaftsleistung beruht nicht auf einer höheren Dynamik des BIP, sondern ist vor allem Resultat des Rückgangs der Bevölkerung, während sich der Anteil der neuen Bundesländer am gesamtdeutschen BIP seit 2000 kaum verändert hat.

Bei der Vorstellung einer Studie der Deutschen Bank zu 20 Jahren Aufbau Ost im August 2009 wurde ein äußerst „überraschendes“ Ergebnis verkündet: „Das wirtschaftliche Niveau ist höher als das benachbarter Transformationsländer.“ Vor 20 Jahren im Realsozialismus, vor dem „Aufbau Ost“, war es wohl ganz anders?

## **2. Die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft nach der Vereinigung wurde und wird im Wesentlichen von einer Weichenstellung und Wirtschaftspolitik bestimmt, die die ökonomischen Interessen des Kapitals widerspiegelt.**

Vor allem zwei Prozesse waren für die Art und Weise der ökonomischen Vereinigung entscheidend. Sie hängen alle mit der überstürzten Überführung der ostdeutschen staatssozialistischen Wirtschaft in die kapitalistische Marktwirtschaft zusammen. Sie erfolgte mit Instrumenten und Maßnahmen die zur Zerstörung großer Teile der ostdeutschen Wirtschaft führten und den ostdeutschen Markt für das westdeutsche Kapital öffneten.

Einmal durch die *Instrumente*: (1) *DM-Einführung* 1. Juli 1990 mit einer ruinösen, schockartigen faktischen Aufwertung der bisher gültigen Währung Mark der DDR. Dadurch verloren große Teile der ostdeutschen Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit. (2) *Rücksichtslose und überstürzte Privatisierung*

7 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin 2009, S. 4



des volkseigenen Vermögens, *Zerstückelung* („Filetierung“) der Kombinate durch die Treuhandanstalt zu Gunsten des westdeutschen Kapitals. (3) Anwendung des *Prinzips Rückgabe vor Entschädigung*, wodurch große Unsicherheiten und Hemmnisse für Investoren entstanden sowie *falsche bzw. unzureichende Regelung der Schuldenprobleme*, die zu überhöhten Belastungen von Treuhandbetrieben, landwirtschaftlichen Genossenschaften, Wohnungsgesellschaften und Kommunen durch ungerechtfertigte Altschulden führten.

Zum anderen und eng hiermit verbunden durch die *Übertragung des Wirtschafts-, Sozial- und Rechtssystems der Bundesrepublik ohne die geringste Bereitschaft, andere Traditionen und Aufhebenswertes der DDR zu beachten*. Die Verhältnisse der Bundesrepublik als alleiniger Maßstab für die anzustrebende Entwicklung in den neuen Bundesländern führte auch zu der Konsequenz, den Aufbau Ost als Nachbau West durchzuführen, ohne die anstehende, dringend notwendige Reformierung der Verhältnisse in der gesamten Bundesrepublik in Angriff zu nehmen.<sup>8</sup> Ich erinnere hier nur an die notwendigen Konsequenzen aus der Umwelt- und Klimakrise und an die notwendige Veränderung von Wirtschaftsstrukturen zu Gunsten eines höheren Anteils der Wertschöpfung von Bildung, Kultur, Gesundheit, Pflege und Betreuung.

In dieser Art der Vereinigung, die von Kapitalinteressen und der Absicht, die DDR zu delegitimieren, determiniert war, liegt ein wesentlicher Grund für die grundlegenden strukturellen Defizite, Schwächen und Wettbewerbsnachteile der ostdeutschen Wirtschaft und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Solche strukturellen Defizite sind u.a.: der unterproportionale Anteil des Verarbeitenden Gewerbes, darunter speziell der Investitionsgüter herstellenden Branchen an der Wertschöpfung, die Größenstrukturen der ostdeutschen Unternehmen – geringer Anteil größerer Mittelbetriebe und Großbetriebe, die niedrigere Unternehmensdichte, die im Vergleich zu Westdeutschland weit geringeren Anteile der FuE-Ausgaben der Wirtschaft, die geringeren Anteile innovationsintensiver Produktionen und wertschöpfungsintensiver unternehmensbezogener Dienstleistungen an der gesamten Wertschöpfung. Der Anteil der Erwerbstätigen in F&E an den Erwerbstätigen insgesamt betrug 2006 in Ostdeutschland nur 0,43% gegenüber 0,88% in Westdeutschland. An den industriellen F&E Ausgaben Deutschlands betrug der ostdeutsche Anteil nur 8,1% (3,4 Mrd. Euro von 41,15 Mrd. in Deutschland).<sup>9</sup> Diese strukturellen

8 Vgl. zur Problematik Aufbau Ost als Nachbau West: Beiträge von Ulrich Busch und Rainer Land zur Lage und Entwicklung in Ostdeutschland, Berliner Debatte Initial, Nr.5/2006

9 Karl-Heinz Paque´, Deutschlands West-Ost-Gefälle der Produktivität, in: DIW Berlin, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2009, S.72

Defizite der ostdeutschen Wirtschaft wirken sich nachhaltig hemmend auf deren Wettbewerbsfähigkeit, auf die Chancen für den Übergang zu einer selbsttragenden Entwicklung sowie auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse aus.

Nach den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen und den dominierenden Politikvorstellungen werden diese vorhandenen Defizite und Struktur-schwächen in den neuen Bundesländern in den kommenden Jahren im wesentlichen bestehen bleiben, immer wieder reproduziert werden. Zu den bisherigen strukturellen Nachteilen kommen in den nächsten Jahren weitere hinzu. Sie werden vor allem als Schrumpfungsprozesse wirksam. Sie gehen zwar von der demografischen Entwicklung aus, betreffen jedoch weit darüber hinaus auch andere Bereiche der Arbeit, der Bildung, der Kultur und des gesamten gesellschaftlichen Lebens:

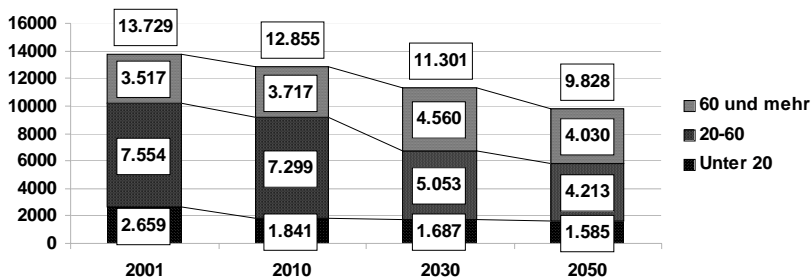
- Die Bevölkerung ging insgesamt von 1989 bis 2008 um über 2 Mill. zurück als Ergebnis vor allem der Ost-West-Wanderungsbewegung und des Geburtenrückgangs. Der Bevölkerungsverlust durch Abwanderung in die alten Bundesländer betrug in diesem Zeitraum ca. 1,7 Mill. (Saldo aus Abwanderung von rund 4 Mill. und Zuzügen von rund 2,3 Mill.). Der gesamte Wanderungsverlust verringerte sich um etwa eine halbe Million durch den positiven Saldo der Auslandswanderung. Der starke Rückgang der Geburtenhäufigkeit führte unter Berücksichtigung der geringeren Sterblichkeit zu einer Reduzierung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern um ca. 0,8 Mill.<sup>10</sup> Wesentliche Veränderungen der Geschlechterstruktur ergaben sich aus der überproportional hohen Abwanderung von Frauen (Anteil an der Nettoabwanderung 63 %). Die Bevölkerungsstruktur veränderte sich weiterhin in starkem Maße durch den Rückgang des Anteils von Kindern und Jugendlichen und der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter;
- Die Verringerung des Erwerbstätigenpotenzials, des Arbeitskräfteangebots, darunter speziell der Fachkräfte.

Wie geht es nun weiter? Die Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050 weist folgendes Bild auf:

---

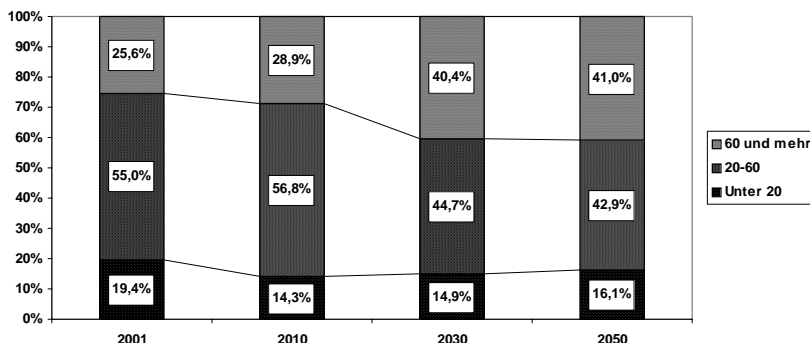
10 Statistisches Bundesamt, Datenreport 2008, S. 15 f; Joachim Ragnitz, Demografische Entwicklung in Ostdeutschland: Tendenzen und Implikationen, in: DIW Berlin, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 2009, S111 ff. Die statistische Erfassung bezog sich bis zum Jahr 2000 auf die neuen Bundesländer einschl. Berlin Ost und ab 2001 auf die neuen Bundesländer einschließlich Berlin. Um eine Vergleichbarkeit der Entwicklung von 1989 bis 2008 zu ermöglichen beziehen sich alle im Text angegebenen Zahlen auf die neuen Bundesländer einschließlich Berlin. Die Daten bis 2000 mussten hierfür geschätzt werden.

**Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern nach Altersgruppen  
in 1.000 Einwohnern**



Quelle: Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit. Hamburg 2009, S. 172

**Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern nach Altersgruppen  
Bevölkerungsanteile in Prozent**



Quelle: ebenda

Die Diagramme zeigen:

- Von 2001 bis 2050 absoluter Rückgang bei Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren um über eine Million, bei Menschen im arbeitsfähigen Alter

um mehr als drei Millionen, aber Zunahme der Anzahl der Menschen ab 60 Jahre um rund eine halbe Million. Die Veränderungen vollziehen sich insbesondere im Zeitabschnitt bis 2030.

- Geringere Auslastung der Einrichtungen der technischen und sozialen Infrastruktur, u.a. der Kapazitäten der Schulen, der Berufsbildung, des Handels, des Verkehrs, der sozialen Betreuung und der Kultur. Hieraus folgen wiederum eine Verschlechterung der sozial-kulturellen Lebensbedingungen der Menschen und überproportionaler Anstieg der Kosten für öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge (die Fixkosten werden auf weniger Einwohner verteilt).
- Rückgang der Einnahmen der öffentlichen Haushalte der Länder und der Kommunen:.
- Verringerung der Realeinkommen der Bevölkerung vor allem durch den absoluten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der Anzahl der Erwerbstätigen sowie durch den Rückgang der Renteneinkommen infolge einer spürbar geringeren Rentenhöhe der Neurentner.
- Ländliche und periphere Regionen werden von diesen Schrumpfungsprozessen und ihren negativen Folgen in einem überdurchschnittlich hohen Grad betroffen.

Ohne Abstriche an diesen nachhaltig wirkenden Ergebnissen, die vor allem eine Folge der Art und Weise des Beitritts der DDR und der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sind, darf nicht ignoriert werden, dass Ostdeutschland gegenüber den anderen ost- und mitteleuropäischen sogenannten Transformationsländern auch viele Vorteile hatte: Hohe Sozialtransfers, umfangreiche Investitionen zur Entwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur, zum Stadtbau und zur Modernisierung der Wohnungen, Investitionszuschüsse für die Wirtschaft vor allem in der ersten Hälfte der 90er Jahre.

### **3. Ungeachtet zunehmender regionaler Differenzierung in den neuen Bundesländern – es gibt noch „den“ Osten mit gemeinsamen Problemen!**

Der damalige Vorsitzende des Forums Ostdeutschland der SPD, Jens Bullerjahn, erklärte in einer Rede im September 2007: „Die’ große Lösung für ‚den’ Osten wird es nicht geben, weil es ‚den’ Osten nicht mehr gibt. Was wir brauchen, sind passgenaue Antworten auf unterschiedliche Situationen, pas-

send für einzelne Probleme, passend auch für einzelne Regionen, passend am Ende sogar für einzelne Bevölkerungsgruppen.“<sup>11</sup>

Diese Einschätzung halte ich für falsch und fatal. Sie geht an der eigentlichen ostdeutschen Problematik vorbei. Die regionale Differenzierung in den neuen Bundesländern, insbesondere zwischen einigen Zentren oder Wachstumskernen auf der einen und den peripheren bzw. ländlichen Regionen auf der anderen Seite, hat zwar zugenommen und wird auch in den nächsten Jahren weiter anwachsen. Es ist auch richtig, dass darauf mit spezifischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu reagieren ist. Die Bewertung Bullerjahns und der offiziellen Politik *drängt jedoch den nach wie vor bestimmenden Rückstand der ostdeutschen Region insgesamt und die damit zusammenhängenden strukturellen Defizite und gemeinsamen Grundprobleme der neuen Bundesländer unzulässigerweise in den Hintergrund*. Damit wird sowohl die notwendige Suche nach Lösungswegen für diese Probleme als auch die Verantwortung, die der Bundespolitik hierfür zukommt, verschleiert und letzten Endes negiert.

Dass die gemeinsamen Probleme aller neuen Bundesländer bestimmend sind, wird deutlich, wenn die Relationen wichtiger Indikatoren der neuen Bundesländer zum Durchschnitt der gesamten Bundesrepublik bzw. zu den alten Bundesländern betrachtet werden.

Beim BIP je Einwohner bestanden 2007 bei den Flächenländern folgende Relationen: (Deutschland gesamt = 100)

Mecklenburg-Vorpommern:	69,1%
Brandenburg:	70,2%
Thüringen:	71,0%
Sachsen-Anhalt:	71,2%
Sachsen:	74,1%
Neue Bundesländer:	71,5%
Schleswig Holstein:	86,5%
Rheinland Pfalz:	87,5%
Niedersachsen:	87,8%

11 Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten Jens Bullerjahn auf dem SPD-Landespartei-tag in Halle am 15.09.2007.

Saarland:	97,7%
Nordrhein-Westfalen:	99,8%
Baden-Württemberg:	111,2%
Bayern:	117,6%

Danach beträgt der größte Abstand zwischen den ostdeutschen Bundesländern nur 5 Prozentpunkte, während der Abstand zwischen Sachsen, dem ostdeutschen Bundesland mit dem höchsten BIP je Einwohner und Schleswig-Holstein, dem westdeutschen Land mit dem geringsten BIP je Einwohner, 12,4 Prozentpunkte beträgt. Die Differenz zwischen den Extremen bei den westdeutschen Flächenländern (Schleswig Holstein und Bayern) ist sechs mal größer: 31%. Ähnlich sind die Relationen auch bei anderen gesamtwirtschaftlichen Indikatoren, wie bei der Höhe der Pro-Kopf Einkommen und der Arbeitslosenquote, bei denen in allen fünf neuen Bundesländern ähnliche und teilweise noch größere Unterschiede zu den alten Ländern sichtbar werden.

Wenn es um ostdeutsche Gemeinsamkeiten geht, so betreffen diese nicht nur ökonomische Größen sondern auch Wertorientierungen, Einstellungen und Verhaltensmuster sowie die gemeinsame Geschichte nach 1945.<sup>12</sup>

Die ostdeutsche Entwicklung wird somit einerseits durch gemeinsame Defizite, Probleme und Herausforderungen sowie auch gemeinsame Erfahrungen charakterisiert, die in unterschiedlicher Schärfe und Ausprägung für alle neuen Bundesländer, für alle Landkreise und fast alle Städte typisch sind. Andererseits nehmen die groß- und kleinräumigen Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse zwischen und in den Ländern und Kreisen in Ostdeutschland zu.

Dies hat zur Konsequenz, dass solchen wirtschaftspolitischen Lösungsansätzen, die den gesamten Osten betreffen, eine entscheidende Bedeutung für die zukünftige Entwicklung zukommt. Zugleich sind aber auch verstärkt spezifische Überlegungen und Lösungen für die verschiedenen Regionen, insbesondere für die ländlichen und peripheren Regionen, notwendig.

Aus den differenzierten Entwicklungsbedingungen der Wachstumskerne und der zahlreichen ländlichen und peripheren Regionen resultieren die schon viele Jahre andauernden Auseinandersetzungen über die zweckmäßigste Ver-

12 Frank Berg/Frank Thomas Koch/Rainer Land/Rolf Reißig/Michael Thomas (Ltg.), Leitbild „Ostdeutschland 2020“, Studie im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den Landtagen und im Deutschen Bundestag, Berlin 2009, S. 20

wendung der Mittel der Wirtschaftsförderung. Dominierend ist die Forderung nach Konzentration der Mittel auf die Wachstumskerne. Sie ist zwar ökonomisch sinnvoll, aber wie sieht es mit den gesellschaftspolitischen Zielstellungen aus? Kann die Vernachlässigung der wirtschaftlich schwachen Regionen Bestandteil eines zukunftsfähigen Konzepts sein? Wie sind die Widersprüche zwischen ökonomischen und sozialen Erfordernissen – u.a. Sicherung der notwendigen Bereitstellung öffentlicher Güter der Daseinsvorsorge für alle Menschen – in der weiteren Entwicklung zu lösen? Hierzu gibt es unterschiedliche Vorstellungen, die hier nicht weiter erörtert werden können, die aber unbedingt Gegenstand öffentlicher, demokratischer Diskussionen sein sollten. Einfache, widerspruchs- und konfliktfreie Antworten und Lösungen hierzu wird es nicht geben.

#### **4. Für die ökonomische und die gesellschaftliche Orientierung der weiteren ostdeutschen Entwicklung sowie für die öffentliche Diskussion über die Zukunft der neuen Bundesländer kommt der Bestimmung von Zielstellungen und Leitbildern zum Erreichen gleichwertiger Lebensbedingungen eine wichtige Rolle zu.**

Hierfür sollten insbesondere zugrunde gelegt werden:

- Spürbare *Fortschritte im Übergang Ostdeutschlands auf einen nachhaltigen, selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklungspfad bei Stärkung der Innovations- und Wettbewerbskraft der ostdeutschen Wirtschaft*. Hierfür kommt der Entwicklung der Industrie, in enger Verflechtung mit ihrer stärkeren Integration in regionale, überregionale und auch internationale Wertschöpfungsketten und der Herausbildung regionaler technologischer Cluster eine herausragende Bedeutung zu. Eine Schlüsselfrage besteht in diesem Zusammenhang darin, wie es gelingt, den Weg zu einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung eng mit dem sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft zu verbinden. Nur auf dieser Grundlage bestehen Chancen für eine zukunftsfähige, selbstbestimmte Entwicklung in den neuen Bundesländern.
- Substanzielle Verringerung der nach wie vor gegenüber Westdeutschland trotz Abwanderung etwa doppelt so hohen Arbeitslosigkeit.
- Schritte zur Überwindung der Ost-West Unterschiede bei den tariflichen Arbeitseinkommen und Arbeitszeiten, den Renten und anderen Sozialeinkommen.
- Verbesserung der Finanzausstattung der Länder und Kommunen, die in

Verbindung mit einem effektiveren Einsatz der verfügbaren Mittel, die finanziellen Rahmenbedingungen und größeren Spielräume für die Lösung der vordringlichen ökonomischen, sozialen und umweltpolitischen Aufgaben gewährleisten.

Diese notwendigen Forderungen für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse enthalten einen tiefen Widerspruch. Sie sind vorwiegend darauf gerichtet, vorhandene Rückstände gegenüber Westdeutschland zu überwinden. Ein „*Nachbas West*“ würde jedoch bedeuten, einem überholten Produktions- und Konsumtionsmodell, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts widerspricht, zu folgen.<sup>13</sup> Zu den bisher ungelösten Problemen gehören: die bisher unzureichende Berücksichtigung der veränderten Umweltbedingungen – Umweltbelastungen und Gefahren des Klimawandels, weltweit zunehmende Knappheit an wichtigen natürlichen Ressourcen, insbesondere fossilen Rohstoffen und Wasser; Vorherrschen exzessiver Konsummodelle; Orientierung auf Wirtschaftswachstum als wichtigsten Weg zur Problemlösung; Tendenzen einer weiteren Prekarisierung der Arbeit und zum Aushöhlen sozialer Sicherheitsstandards.

Das *Grundproblem* für ein ostdeutsches Entwicklungskonzept besteht somit darin, *das Aufholen von Rückständen* gegenüber den alten Bundesländern in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, in der Erwerbstätigkeit, in den Einkommen u.a. *zu verbinden mit Schritten zu einem neuen Entwicklungspfad, der den Bedingungen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht*. Wichtige Anforderungen und Probleme die sich daraus ergeben, werden in der Studie Leitbild „Ostdeutschland 2020“ analysiert.<sup>14</sup>

Um aus der gegenwärtig hohen Abstraktionsebene und Unverbindlichkeit der Auseinandersetzungen um die Realisierung des Verfassungsgrundsatzes gleichwertiger Lebensverhältnisse herauszukommen, sie transparent und konkret fassbar zu machen, sollte als ein erster wichtiger Schritt ein *Konsens*

13 Vgl. hierzu: Beiträge von Ulrich Busch und Rainer Land zur Lage und Entwicklung in Ostdeutschland, Berliner Debatte Initial, Nr.5/2006

14 Vgl. hierzu: Frank Berg/Thomas Koch/Rainer Land/Rolf Reißig/Michael Thomas (Ltg.), Leitbild „Ostdeutschland 2020“, Studie im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den Landtagen und im Deutschen Bundestag, Berlin 2009. In dieser Studie heißt es, „Das >Weiter So< ist nun schon gar nicht mehr möglich, ein Umsteuern dringend erforderlich. Und hier sollte und hier kann Ostdeutschland aus einer besonderen Betroffenheit heraus eine exponierte, eine Vorreiter-Rolle einnehmen. Darauf zielen Strategie wie ein mit dieser verbundenes Leitbild: Ostdeutschland – auf dem Weg einer selbsttragenden Entwicklung und zukunftsfähigen Region, gegründet auf den Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, Ostdeutschland – auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft geprägt durch regionale, soziale, kulturelle Vielfalt.“ (S. 9)



<b>Kriterium</b>	<b>Grad der Beeinflussung durch die Politik *</b>	<b>Stärke der direkten Widerspiegelung ostdeutscher Interessen</b>	<b>Zeit zum Erreichen</b>
Wirtschaftsleistung (BIP / Einwohner) nicht unter 90 %	2	2	weit über 2020 hinaus
Angleichung der tariflichen Arbeitseinkommen	3	4	bis 2010/2012
effektive Arbeitseinkommen nicht unter 90 %	2	4	7-10 Jahre
Überwindung von Unterschieden in der Höhe der Sozialleistungen	4	5	Bis 2010/2012
Höhe der privaten Haushaltseinkommen je Kopf mindestens 90 %	3	4	7-10 Jahre
Arbeitslosenquote höchstens 30% über dem Durchschnitt der alten Bundesländer	3	3	7-10 Jahre
Steuerdeckungsquote mindestens 75% des Durchschnittsniveaus der alten Bundesländer	3	2	über 10 Jahre
Armutquote nicht höher als in den alten Bundesländern	4	3	7-10 Jahre
gleichwertige Ausstattung mit Einrichtungen der Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge	4	4	7-10 Jahre

Übersicht zu den Kriterien und Zeiträume für das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse

\* Skala von 1 (gering) bis 5 (hoch)

über die grundlegenden Kriterien angestrebt werden, die als Maßstab hierfür gelten sollten<sup>15</sup> Dies ist umso notwendiger, da die Bundesregierung sich konsequent weigert, diesem Verfassungsgrundsatz einen konkreten, fassbaren Inhalt zu geben, und auf die gestellten Fragen ausweichende Antworten gibt, die vom Kern des Problems ablenken.

Hierzu wird in Form einer Übersicht zu wichtigen Kriterien für das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse folgender Diskussionsvorschlag unterbreitet (vgl. S. 157).

Diese Übersicht müsste noch präzisiert und ergänzt werden. Einmal durch Erweiterung der Kriterien, die bisher im wesentlichen nur ökonomische und soziale Faktoren einschließen, um Indikatoren, die vor allem auch Auskunft geben zur Bildung, zum kulturellen Leben, zur gesundheitlichen und sozialen Betreuung, zum anderen durch Indikatoren, bei denen eine Angleichung gar nicht möglich oder erwünscht ist, z.B. hinsichtlich der Höhe der Vermögen oder des Umfangs eines Luxus- und exzessiven Konsums. Schließlich sollten auch solche Indikatoren berücksichtigt werden, bei denen Ostdeutschland ein höheres Niveau hatte, das teilweise noch weiter existiert, aber zum Teil schon in den letzten 20 Jahren verloren gegangen ist, wie der höhere Betreuungsgrad für Kinder in Kinderkrippen und Kindergärten, der höhere Anteil der Jugendlichen mit abgeschlossener Berufsbildung, längeres gemeinsames Lernen in den Schulen, höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen.

##### **5. Die weitere Perspektive Ostdeutschlands wird entscheidend davon bestimmt, ob und wie es gelingt, Aktivität, Einfluss und Durchsetzungskraft der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Akteure zu erhöhen und zu qualifizieren**

Häufig bleibt in Analysen und Vorschlägen zur ostdeutschen Entwicklung die Akteursproblematik jedoch unterbelichtet oder fehlt sogar völlig. Die Regierungsparteien beschränken sich im Wesentlichen auf Appelle an die Menschen in den neuen Bundesländern, stolz auf das Erreichte zu sein und angesichts noch bestehender Probleme nicht zu resignieren, sondern zuversichtlich und optimistisch an die Bewältigung der Zukunft heranzugehen. Es wird aber meist darauf verzichtet, die Faktoren, Zusammenhänge und Prozesse zu analysieren, die Einfluss auf die Akteure haben, und Vorschläge auszuarbeiten, wie die Potenziale der Akteure wirksamer zur Lösung der

15 Vgl. hierzu Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz, Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland, Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit, S. 128 ff., Hamburg 2009

Herausforderungen und zur Gestaltung der Zukunft genutzt werden können. Es geht in diesem Zusammenhang vor allem um vier komplexe Fragen:

1. Wer sind die wichtigsten Akteure der ostdeutschen Entwicklung?
2. Welche Einflüsse können die Akteure ausüben?
3. Welche Bedeutung kommt den Akteuren insgesamt, den verschiedenen Akteursgruppen und den Beziehungen zwischen ihnen bei der Lösung der ostdeutschen Probleme zu?
4. Welche Aufgaben sind zu lösen, damit die Spielräume für die Akteure erweitert und ihre Wirksamkeit erhöht werden kann?

Hier können nur einige Aspekte erwähnt werden, die m.E. für die Wirksamkeit der Akteure wichtig sind:

(1) Entscheidend ist, dass es gelingt, einen *höheren gesellschaftlichen Druck auf die für die Politik Verantwortlichen auszuüben. Nur dann kann es gelingen, den notwendigen Politikwechsel zu erreichen.* Dieser gesellschaftliche Druck ist wiederum vor allem von zwei Komponenten abhängig:

- Einmal, inwieweit es gelingt, größere Teile der in Ostdeutschland Lebenden in die politischen und sozialen Auseinandersetzungen um die Durchsetzung ihrer Interessen und Forderungen aktiv einzubeziehen und den politischen Einfluss alternativer Kräfte zu erhöhen.
- Zum anderen, dass bei den Menschen in den alten Bundesländern eine größere Akzeptanz für das Gelingen einer selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland und für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als gesamtdeutsche Aufgabe erzielt wird.

Von besonderer Bedeutung sind Initiativen, die darauf gerichtet sind, verlässliche, stabile Festlegungen zu den Finanztransfers, zur Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Forschungsförderung sowie zur Ost-West-Angleichung der Tariflöhne und der Sozialleistungen zu erreichen.

Eine spezifische Herausforderung besteht darin, die Arbeitsmöglichkeiten, die Bildungs-, Arbeits-, soziokulturellen und Einkommensbedingungen in den nächsten Jahren so zu gestalten, dass ein realer Anreiz für junge Fachkräfte besteht, in den neuen Bundesländern zu bleiben bzw. nach Ostdeutschland zurückzukehren.

(2) Die unterschiedliche Entwicklung von Regionen, die ähnliche objektive Bedingungen aufweisen, macht deutlich, dass *beträchtliche Handlungsräume für regionale Akteure bestehen*, durch qualifizierte und realistische wirtschafts-, finanz-, struktur- und regionalpolitischer Vorschläge, den effizienten Einsatz der verfügbaren Mittel zu verbessern. Dabei gilt es

nachzuweisen, dass ökonomische Effizienz mit sozialen Verbesserungen und ökologischer Zukunftsfähigkeit verbunden werden kann.

Die staatlichen und öffentlichen Einrichtungen, angefangen bei den Landesparlamenten und -regierungen, über die Entscheidungsgremien und Institutionen der Kommunen, denen eine Schlüsselstellung zukommt, bis zu den öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen, tragen eine hohe Verantwortung für die weitere Entwicklung in den neuen Bundesländern. Von ihrer Tätigkeit ist es in hohem Grade abhängig, inwieweit es gelingt, die verfügbaren Mittel der Wirtschaftsförderung mit einer höheren ökonomischen, sozialen und ökologischen Effizienz einzusetzen, die kleinen und mittleren Unternehmen durch großzügigere Kredite zu unterstützen sowie eine den ostdeutschen Bedingungen und Chancen entsprechende Verbesserung der Produktionsstrukturen und der kulturell-sozialen Infrastruktur zu erreichen. Im Vordergrund stehen eine *bessere Qualität und Effizienz der staatlichen und anderen öffentlichen Einrichtungen und die Demokratisierung ihrer Tätigkeit*, die vor allem eine höhere Transparenz und die Einbeziehung der in den jeweiligen Regionen lebenden und arbeitenden Menschen sowie sozialen Bewegungen in die Entscheidungen verlangt.

(3) Es ist von besonderer Relevanz, dass die verschiedenen Akteure, die gemeinsame Grundinteressen haben, nicht wie es noch häufig der Fall ist, isoliert oder gegeneinander tätig sind, sondern dass es zunehmend gelingt, die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen und auf einer solchen Grundlage vernetzte Aktivitäten durchzuführen. Wichtig hierfür sind die Herausbildung von Unternehmensnetzwerken, die bewusste Gestaltung von Wertschöpfungsketten zur effektiveren Nutzung regionaler Ressourcen und eine enge Kooperation zwischen Universitäten und F&E Einrichtungen mit der Wirtschaft, vor allem mit den innovativen Unternehmen. Dabei dürfen natürlich die unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Interessen der Beteiligten nicht ignoriert werden. Sie sollten sachlich und transparent ausgetragen werden.<sup>16</sup>

## **6. Die Wirtschaftsentwicklung im Osten tangiert vielfältig und oftmals in widersprüchlicher Art und Weise die Interessen der Länder und Kommunen und der Bevölkerung der alten Bundesländer.**

- Die West-Ost-Finanztransfers der öffentlichen Haushalte stellen zweifellos eine fiskalische Belastung für den Bund insgesamt sowie für die west-

---

16 Vgl. hierzu: ebenda, S. 131 ff.

deutschen Länder und Kommunen dar. Im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf bilden die Finanztransfers jedoch den finanziellen Impuls für den realwirtschaftlichen Absatz *zusätzlicher* Güter und Dienstleistungen westdeutscher Produzenten und Dienstleister. So ist es unübersehbar, dass die westdeutsche Wirtschaft vom „Echo“ der Transferzahlungen in Form einer induzierten Nachfrage seit 1990 bis heute erheblich profitiert.<sup>17</sup> Mit anderen Worten: Ein beträchtlicher Teil der Finanztransfers fließt wieder in die alten Bundesländer zurück.

Die Ambivalenz der Transferproblematik äußert sich u.a. darin, dass eine „Lösung“ durch ihre Reduzierung, bevor die gesamtwirtschaftliche Ost-West Angleichung einen wesentlichen Fortschritt gemacht hat, auch nicht im Interesse der Unternehmen und der Beschäftigten im alten Bundesgebiet liegt. Sie würde nicht nur Arbeitsplätze der Unternehmen und Steuereinnahmen westdeutscher Länder und Kommunen infolge Ausfall von Absatzmöglichkeiten unmittelbar gefährden bzw. schmälern, sondern auch durch die notwendigen höheren Sozialtransfers zu einer langfristig weit höheren und nachhaltigen Belastung der öffentlichen Haushalte führen.

- Ungelöste, besonders zugespitzte wirtschaftliche und soziale Probleme in den neuen Bundesländern und Berlin schlagen sich auch nieder in dem vergleichsweise geringen Grad gewerkschaftlicher Organisiertheit und der niedrigen Tarifbindung. Daraus folgt eine Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft, insbesondere der Streikfähigkeit. Dies wirkt sich negativ auf die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften in ganz Deutschland sowie auf die Solidarität zwischen Ost und West aus. Der Einsatz für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung Existenz sichernder Arbeitsplätze in Ostdeutschland könnte der Schwächung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik entgegenwirken sowie insgesamt die Widerstandskraft und Solidarität der abhängig Beschäftigten stärken.
- Die neuen Bundesländer werden infolge ihrer ökonomischen Schwäche, der weit höheren Arbeitslosigkeit und der insgesamt höheren sozialen Unsicherheit oftmals als Experimentierfeld für die weitere Deregulierung des Arbeitsmarkts und für die Schwächung gewerkschaftlicher Macht in den Unternehmen genutzt.
- In einigen spezifischen Problemen der ostdeutschen Bundesländer – u.a.

---

17 Vgl. zur Problematik der Finanztransfers: Ulrich Busch, Am Tropf Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin 2002

rückläufige Bevölkerungsentwicklung und Existenz ländlicher und peripherer Regionen, die weitgehend von Menschen, insbesondere Jüngeren und Arbeitsfähigen, „entleert“ sind – können jedoch auch Chancen liegen, bei der Lösung solcher Probleme voranzugehen, vor denen zukünftig auch die alten Bundesländer stehen werden. Es können für ganz Deutschland nützliche Erfahrungen gesammelt werden. In diesem Sinne gibt es reale Möglichkeiten dafür, dass die neuen Bundesländer in einem positiven Sinn als Experimentierfeld wirken. Sie müssten die Suche nach neuen Entwicklungsstrategien unterstützen und würden damit einen eigenen Beitrag zu einem notwendigen gesamtdeutschen Strategiewechsel leisten. Dies bezieht sich vor allem auf drei Felder, auf denen es sich gegenwärtig anbietet, Ostdeutschland im positiven Sinn als Experimentierfeld und dann als Beispiel für neue Lösungsansätze zu nutzen: *Einsatz regenerativer Energien, Umbau der Arbeitsgesellschaft* entsprechend den neuen Herausforderungen an eine moderne Produktions- und Dienstleistungsgesellschaft und *Gestaltung lebenswerter Bedingungen in Regionen und Gemeinden mit geringer Bevölkerungsdichte und stark schrumpfender und alternder Bevölkerung*.<sup>18</sup>

**7. Ein tragfähiges wirtschaftspolitisches Konzept für Ostdeutschland erfordert eine zukunftsorientierte Strukturentwicklung. Sie müsste auf Strukturkomplexe konzentriert werden, die den größeren ökologischen und sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sowie den Stärken und spezifischen Bedingungen der Neuen Bundesländer entsprechen.**

In einem innovativen Konzept zukünftiger Strukturentwicklung in Ostdeutschland sollten folgende Komplexe Beachtung finden:

- Erneuerbare Energien und Innovationen zur Erhöhung der Energieeffizienz;
- Ökologische Landwirtschaft, insbesondere auch Stärkung genossenschaftlicher Unternehmensformen in diesem Bereich;
- Bildung, insbesondere Weiterentwicklung der Berufsbildung entsprechend den zukünftigen Bedingungen und Stärkung der Kapazitäten für die Hochschulbildung und Hochschulforschung;

---

<sup>18</sup> Vgl. ebenda, 149 ff. Hier werden Probleme, vorliegende Erfahrungen und vorhandene Beispiele ausgewertet.

- Innovative Gestaltung der Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, besonders zur wirksamen Unterstützung vorhandener kleiner und mittelständischer Unternehmen und von Existenzgründungen innovativer Unternehmen;
- Entwicklung einer komplexen Gesundheitswirtschaft;
- Verstärkte Entwicklung wertschöpfungsintensiver Dienstleistungen, darunter auch anspruchsvolle Unternehmensdienstleistungen;
- Weitere Ansiedlung von innovativen und ökologisch orientierten Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in den bestehenden Clustern und deren regionale Vernetzung.

**8. Ungeachtet mehrerer irreversibler Fehlentwicklungen in Ostdeutschland seit 1990 enthält die Zukunft Ostdeutschlands noch Spielräume für unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklungslinien. Sie spiegeln sich in verschiedenen Szenarien möglicher Entwicklung wider.**

Für die weitere Entwicklung in Ostdeutschland existieren verschiedene Szenarien, die eine weite Spannweite möglicher Entwicklungen umfassen, von der Verfestigung Ostdeutschlands als deutsches Mezzogiorno bis zu Fortschritten auf dem Wege zu einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung.<sup>19</sup>

Ich möchte abschließend zur Entwicklungsperspektive Ostdeutschlands nur hervorheben, dass, soweit eine spürbare wirtschaftliche Ost-West-Konvergenz überhaupt erreicht werden kann, sie einen wirtschaftlichen und sozialen Politikwechsel erfordert, und dass sie nur in einem langen, weit über 2020 hinausgehenden Zeitraum zu verwirklichen ist. Eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung der neuen Bundesländer in Übereinstimmung mit den veränderten Bedingungen und neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts setzt vor allem voraus:

1. Nachhaltige, d.h. innovative, auf den sozial-ökologischen Umbau begründete Konzepte, die den veränderten Bedingungen und Erfordernissen des 21. Jahrhunderts entsprechen und zugleich die spezifischen Stärken der ostdeutschen Wirtschaft nutzen und weiter ausbauen.
2. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, die Mit-

---

19 In dem Buch „Entwicklung und Schrumpfung ...“, a.a.O., S. 158 ff. werden drei verschiedene Szenarien, ihre Bedingungen, ihre mögliche Wirkungen und ihre Wahrscheinlichkeit, beschrieben.

tel und Instrumente der Wirtschaftsförderung für Ostdeutschland wirksamer als bisher für die Stärkung innovativer Potenziale und die Vernetzung regionaler und unternehmerischer Anstrengungen einzusetzen.

3. Eine gesamtdeutsche Wirtschaftsstrategie, die die Lehren aus der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise, aus dem Scheitern einer auf Marktradikalisierung, Deregulierung und Privatisierung setzenden Politik zieht und die Lösung der Probleme Ostdeutschlands als eine gesamtdeutsche Aufgabe ansieht.
4. Ein Herangehen an die weitere ostdeutsche Entwicklung, das nicht nur die ökonomischen Parameter und Bedingungen berücksichtigt, sondern diese in ihrer Verflechtung mit der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, mit den sozialen, ökologischen, kulturellen und bildungspolitischen Dimensionen einer zukunftsfähigen Entwicklung zugrunde legt.